

## Meine Woche



Ernst von Münchhausen

## Böse Finnen?

Die Causa Nokia: Scheinheiliges Geschrei, geiler Geiz und wohlthuende Schweigsamkeit

Meine Mutter kommt aus Finnland, der Heimat von Nokia. Früher kaufte man seine Gummistiefel bei Nokia, jetzt sind es Handys. Böse kapitalistische Handys. Böse? Nokia denkt wie jedes andere internationale Großunternehmen rein global. So zieht die Globalisierungskarawane jetzt also weiter nach Rumänien. Uns stellt sich bei dem ganzen scheinhilfigen Geschrei die Frage, wer bei der Aushandlung des Vertrages zur Auszahlung von Fördergeldern geschlafen hat. Außerdem: Im Grunde passen sich die Unternehmen nur den Kunden an. Mit geilem Geiz saubillig einkaufen. So lautet unsere globalisierte Kaufweise. Bei einem Massenprodukt in deutscher Produktion kann das nur schiefgehen. Am schlimmsten ist saubillig allerdings dann, wenn die lustige Werbesau des Mediamarktes bei uns als Billigsalami auf dem Brot landet. Kann ein solches Vieh in der Massentierhaltung wirklich lustig sein?

Finnland ist außerdem dieses kleine, böse Land, wo neue Atomkraftwerke gebaut werden. Wir in Deutschland sind das große, gute Land, in dem die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Stattdessen bauen wir in den nächsten Jahren über 30 neue Kohlekraftwerke. Ach ja, und gleichzeitig sind wir auch noch die guten, großen Klimaschützer. Wie passt das eigentlich zusammen? Ich habe eine doppelte Staatsbürgerschaft, bin also auch Finne, obwohl ich kein Wort Finnisch spreche. Das spielt aber keine Rolle, weil die Finnen ohnehin nicht viel reden. Ich finde das sehr angenehm. Kürzlich war ich bei dem Besuch der finnischen Staatspräsidentin zu einem kleinen Empfang eingeladen. Die Veranstaltung war wie ein belebender Besuch der finnischen Sauna. Bei uns sagt jeder Politiker nicht das, was er denkt, sondern das, was seine Partei von ihm erwartet. Die finnische Präsidentin hingegen sprach frei von der Leber weg.

Entsprechend unkonventionell verlief der Empfang, bei dem sie Hand in Hand mit einer Freundin das Essen inspizierte und alle möglichen Gäste offen und unkompliziert ansprach. Die Konformität unserer Politiker dagegen versprüht nur noch Langeweile. Es fehlen die Wehners, Strauß und andere. Da ist mir jemand wie Dirty Harry (Schmidt) mit seiner politischen Unkorrektheit lieber: „Kauft nicht bei Finnen!“ Auch wenn ich natürlich immer wieder ein Nokia-Handy kaufen werde.

Ernst Freiherr v. Münchhausen, Jahrgang 1966, ist Rechtsanwalt in der Kanzlei Cramer v. Clausbruch Steinmeier und Cramer in Berlin

## Koch schließt Neuwahlen in Hessen trotz Patt-Situation aus

WIESBADEN – Der amtierende hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hat Neuwahlen als Ausweg aus der verfahrenen Lage im Hessischen Landtag ausgeschlossen. „Wir können dem Wähler nicht sagen: Wählt so lange, bis es uns Politikern gefällt. Aus heutiger Sicht sind Neuwahlen undenkbar“, sagte Koch der „Bild“-Zeitung. Mit Blick auf eine mögliche große Koalition sagte Koch, er wisse, dass sich die SPD mit seiner Person schwertue. Allerdings sollte sich keine Partei in die Personalien einer anderen einmischen. In dem Interview forderte Koch die hessische SPD auf, sich über ein Zusammengehen mit der Linkspartei im Landtag rasch und abschließend klar zu werden. „Mit den Kommunisten ja oder nein – darüber muss sich die SPD jetzt langsam klar werden. Hessen kann nicht endlos warten, deshalb haben wir als CDU auch an die Grünen Signale gesendet“, wird Koch zitiert. Die hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti, die wie der Amtsinhaber Anspruch auf Bildung der neuen Landesregierung erhebt, hat eine Koalition mit der Linken ebenso mehrfach abgelehnt wie ein Tolerierungsbündnis. DW

## Die Linke wirft Stasi-Anhängerin Wegner aus der Fraktion

Heftige Kritik an Landeschef Diether Dehm – Wahlkampfmanager Ramelow kündigt hartes Vorgehen an – Unmut über Gysi

BERLIN/HANNOVER – Die niedersächsische Fraktion der Linken hat die frisch gewählte Landtagsabgeordnete Christel Wegner wegen ihrer Stasi-Außerungen aus ihren eigenen Reihen ausgeschlossen. Die Positionen Wegners, die Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ist, seien „unakzeptabel“, teilte die Linke Niedersachsen gestern in einem Schreiben mit. „Einen Sozialismus ohne Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Reisefreiheit darf es nie wieder geben.“

Die Fraktion, die zu einer Krisensitzung an einem geheim gehaltenen Ort in Göttingen zusammengekommen war, habe den Ausschuss Wegners einstimmig beschlossen, hieß es weiter. Die Ausgeschlossene kündigte an, als fraktionslose Abgeordnete dem Landesparlament weiterhin angehören zu wollen. Die Linke monierte dies. Wegner habe „das Vertrauen der Gremien, die sie aufgestellt, und der Menschen, die sie gewählt haben, missbraucht“, heißt

es in dem Schreiben der niedersächsischen Linken-Fraktion. Sie beruft sich auf eine Zusage Wegners, bei politischen Differenzen zwischen der Linken und der DKP das Mandat zurückgeben zu wollen. Auch die Bundesspitze der Linken forderte Wegner zur Rückgabe ihres Mandats auf. „Das ist das Minimum, was wir erwarten“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Linken-Bundestagsfraktion, Wahlkampfleiter Bodo Ramelow gestern in Berlin. Wegner selbst reagierte mit Bedauern auf ihren Ausschluss. „Ich bin enttäuscht“, sagte sie der Deutschen Presseagentur (dpa). Sie habe sich nun anwaltlichen Beistand genommen. „Die Ereignisse überschlagen sich gerade.“ Ein Sprecher der DKP in Essen sagte zum Fraktionsausschluss: „Wir bedauern diesen Beschluss.“

Die 60-jährige Wegner hatte als DKP-Mitglied auf der Liste der Linken kandidiert und war Ende Januar in den Landtag gewählt worden. Die

Aufregung um sie setzte ein, als sie in einem Fernsehinterview gesagt hatte, beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsform brauche es auch wieder ein Organ wie den DDR-Staatssicherheitsdienst, um „reaktionäre Kräfte“ abzuwehren. Zudem hatte sie den Mauerbau verteidigt. In den Reihen der Linken im Landtag hätte Wegner grundsätzlich nur einen Gaststatus bekommen, da nach der Parlamentsgeschäftsordnung nur Mitglieder derselben Partei eine Fraktion bilden.

Durch die Vorgänge um Frau Wegner gerät der Landeschef der Linken in Niedersachsen, Diether Dehm, immer stärker unter Druck. Der Berliner Linken-Vorsitzende Klaus Lederer forderte die Partei dazu auf, sich auch kritisch mit dem Verhalten Dehms, der dem Bundestag angehört, auseinanderzusetzen.

Politiker von CDU und SPD sehen Dehm in der Verantwortung dafür, dass DKP-Mitglieder auf den Linken-Listen kandidieren können,



Wegner möchte als fraktionslose Abgeordnete im Landtag bleiben FOTO: DPA

und forderten seinen Rücktritt. „Die Scheinheiligkeit der Verantwortlichen der Linkspartei ist unerträglich“, kritisierte der niedersächsische SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner. Wer ein Mitglied der DKP in seine Wahlliste aufnehme und sich hinterher über Bekenntnisse dieses Mitgliedes zu Stasi und Mauerbau entrüestet zeige, verkaufe die Öffentlichkeit für dumm. Grünen-Fraktionschef Stefan Wenzel kritisierte, Dehm nehme die „orthodoxen Kommunisten“ weiter in Schutz. „Das ist verlogen.“

## Deutschland gründet Nationalakademie

Leopoldina in Halle soll „Stimme der Wissenschaft“ werden

BERLIN – Die Wissenschaftsgesellschaft der Naturforscher Leopoldina in Halle wird künftig Deutschlands Nationale Akademie sein. Die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern verständigten sich gestern in Berlin einstimmig über den entsprechenden Vorstoß von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU). Die Leopoldina ist die älteste wissenschaftliche Akademie Europas. Sie soll als Nationale Akademie die Politik beraten und auch als „Stimme der deutschen Wissenschaft“ im Ausland auftreten.

Mit der Entscheidung wird ein mehr als zehnjähriger Streit um die Errichtung einer deutschen Nationalakademie beendet. Schavan sagte: „Ich freue mich, dass es nach langer Zeit gelungen ist, auch in Deutschland eine Nationale Akademie einzurichten. Politik und Wissenschaft müssen einen kontinuierlichen Dialog führen.“ Der Wissenschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Jan-Hendrik Olbertz

(parteilos), sagte, die neue Nationale Akademie werde vor allem bei Zukunftsfragen „die erste Adresse sein“.

Die Nationale Akademie soll mit der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften Acatech und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften eng zusammenarbeiten. Dazu wird ein Koordinierungsgremium gebildet.

Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina ist die älteste naturwissenschaftlich-medizinische Gelehrtengeellschaft in Deutschland. Sie wurde 1652 in Schweinfurt von vier Ärzten gegründet. Ihren Namen erhielt die Naturforscher-Akademie, als Kaiser Leopold I. sie 1687 zur Reichsakademie erhob.

Die international anerkannte Institution hat ihren Sitz seit 1878 in Halle (Saale). Ihr gehören derzeit rund 1250 Mitglieder aus mehr als 30 Ländern an, darunter zahlreiche Nobelpreisträger. Zu Mitgliedern werden hervorragende Wissen-

schaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt gewählt. Seit 1991 hat die Leopoldina den privatrechtlichen Status einer eingetragenen Vereinigung.

In Berlin fand gestern überdies die konstituierende Sitzung der neuen Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) statt. Sie ist die Nachfolgerin der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK). Bund und Länder wollen sich in dem Gremium künftig bei überregionalen Fragen der Forschungspolitik abstimmen. Zu den aktuellen GWK-Aufgaben gehört auch die Aufwertung der Leopoldina in Halle zur Deutschen Nationalakademie. Zudem werden in der Wissenschaftskonferenz die Haushalte der deutschen Forschungsorganisationen, Neugründungen überregionaler Forschungseinrichtungen oder der Aufbau eines nationalen Stipendiensystems für besonders begabte Studierende verhandelt. dpa



## Deutschlands prominentester Studienabbrecher

Baden-Württembergs Ex-Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) kehrt nach fünf Semestern Philosophie dem Hörsaal den Rücken. Das bestätigte der 68-Jährige. „Ich breche nicht ab, denn ich habe immer gesagt, dass ich keinen Abschluss anstrebe“, sagte er. Ein wesentlicher Grund für die Aufgabe seines Studiums sei seine Berufung in den Deutschen Ethikrat. Ein öffentliches Resümee seiner Studienzeit an der Hochschule der Jesuiten in München will Teufel nicht ziehen. Er war 2005 als Ministerpräsident zurückgetreten. DW

## Ausländische Kinder schaffen meistens nur die Hauptschule

WIESBADEN – Schulkinder mit ausländischem Pass schaffen es in Deutschland nur sehr selten aufs Gymnasium: Im Schuljahr 2006/07 lag der Ausländeranteil an Gymnasien bei gerade mal 4,3 Prozent. Nach neuesten Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes betrug die Quote ausländischer Kinder an Hauptschulen dagegen 19,2 Prozent, an Realschulen 7,7 Prozent und an integrierten Gesamtschulen 13,8 Prozent. Insgesamt waren rund 9,6 Prozent der Schüler an allgemeinbildenden Schulen Ausländer.

Ihr Anteil blieb in den vergangenen zehn Jahren annähernd konstant, wie die Statistiker mitteilten. Die absolute Zahl ausländischer Schüler an deutschen Schulen lag im vergangenen Schuljahr bei rund 897.700.

Von den Absolventen allgemeinbildender Schulen besaßen rund

86.800 und damit neun Prozent einen ausländischen Pass. Auch hier sinkt der Ausländeranteil mit steigendem Bildungsniveau: Während 19,2 Prozent der Abgänger ohne Abschluss einen ausländischen Pass besaßen, waren es bei den Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung lediglich 3,6 Prozent.

An den deutschen Hochschulen waren im Wintersemester 2006/07 246.400 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Davon hatten allerdings nur 58.000 ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben. Stark zugenommen hat dagegen die Zahl ausländischer Studierender, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben (188.400). Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studenten wuchs in den vergangenen Jahren auf 9,5 Prozent. AP

## Türkei nicht beim Jahresempfang der Kanzlerin vertreten

BERLIN – Die Türkei hat am traditionellen Jahresempfang der Kanzlerin für das diplomatische Korps am Montag in Berlin nicht teilgenommen. Der Botschafter Ankaras habe abgesagt und auch keinen Vertreter geschickt, hieß es im Kanzleramt. Zuvor hatte Merkel erklärt, dass sie die Irritationen über den Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan vor einer Woche in Köln für ausgeräumt halte.

Sie wies darauf hin, dass sich die Debatte über die deutsche Integrationspolitik an dem „sehr harten Satz“ Erdogans entzündet habe, Assimilation sei ein Vergehen gegen die Menschlichkeit. „Das insinuiert ja, dass so etwas jetzt gerade hier in Deutschland passiert“, sagte die Kanzlerin. „Das haben wir jetzt aber klargestellt, dass das nicht der Fall ist“, fügte sie hinzu. AP

## Der Blackout des Bürgermeisterkandidaten

Wie SPD-Herausforderer Michael Naumann im TV-Duell mit Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust patzte

Von Oliver Schirg

HAMBURG – Die Stimmung in der Hamburger SPD-Zentrale ist gedrückt. Wie seit Monaten versammelten sich zu Beginn jeder Woche Spitzenkandidat Michael Naumann und seine Wahlkämpfer zur Strategie-sitzung. Letzte Absprachen sind zu treffen, die vergangenen Tage auszuwerten, und es geht darum, sich Mut zu machen. An diesem Morgen aber ist Mut machen ganz besonders notwendig.

Gerade mal zwölf Stunden sind vergangen, seit Naumann der Moment ereilt, den man nicht einmal seinem ärgsten Gegner wünscht. Es ist kurz vor Schluss des NDR-Fernsehduells mit CDU-Bürgermeister Ole von Beust. Die beiden Bürgermeisterkandidaten dürfen sich mit einem Schlusswort direkt an die Zuschauer wenden, da passiert es: Naumann erleidet einen Blackout. Beim Thema Bildung gerät der Herausforderer ins Stottern, verhaspelt sich und verliert über mehrere Sätze hinweg den Faden. Zwischen-durch äußert er zwar noch ein erschrockenes „Oh Gott“, doch zu retten ist da schon nichts mehr.

An diesem trüben Februarmonat ist Seelenmassage angesagt, und Naumanns Gefährten wissen das. Zu sehr hat dieser Lapsus den einstigen Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, der viel auf seine Redegewandtheit hält, getroffen. Zu groß ist seine Sorge, nur eine Woche vor der Bürgerschaftswahl alles versemelt zu haben. Als er gebeten wird, auf einer Wahlveranstaltung am Abend nicht länger als 20 Minuten zu sprechen, meint Naumann resigniert, vielleicht sollte er überhaupt nicht mehr reden.

Später dann, am Mittag, die Bundes-SPD hat extra wegen der Hamburg-Wahl ihre Präsidiumssitzung in die Hansestadt verlegt, hat sich der 66-Jährige erholt und präsentiert sich den Medien gegenüber gefasster. „Ich bin kein Schauspieler, sondern auch nur ein Mensch“, sagt er, als er nach dem Aussetzer gefragt wird. Das klingt ehrlich, macht sympathisch und lässt die Strategen der SPD hoffen, dass Hopfen und Malz noch nicht verloren sind.

Denn eigentlich lief der Wahlkampf der Sozialdemokraten bislang so schlecht nicht. Als Naumann Ende März vergangenen Jah-

res zum Spitzenkandidaten gewählt wird – Hamburgs SPD hatte sich zuvor wochenlang intern gestritten – ist der einstige Kulturstaatsminister der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder nur wenigen in der Stadt bekannt. Heute, der 66-Jährige war monatelang in den Stadtteilen unterwegs, liegt sein Bekanntheitsgrad bei 91 Prozent.

Zugleich hat die SPD in Umfragen aufgeholt. Noch vor Jahresfrist schaffte sie es nur mit Mühe über die 30-Prozent-Marke. Inzwischen sagen ihr einige Institute mehr als

35 Prozent voraus. Da die seit vier Jahren mit absoluter Mehrheit regierende CDU weit von ihren seitenzeit erreichten 47,2 Prozent entfernt ist, könnte es am Sonntag enger werden als zunächst erwartet. Manch ein Genosse träumt gar davon, die SPD könnte wieder die stärkste Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft stellen.

Naumann hat an dieser Entwicklung keinen geringen Anteil. Durch seinen Fleiß brachte er jene Kritiker zum Verstummen, die ihm vorwarfen, er meinte es mit seiner Kandida-

tur nicht ernst. Auch der Vorhalt, er sei ein Schöngest, der zwar die Welt kenne, aber nichts von Problemen der einfachen Menschen wisse, zieht nicht mehr. Jene, die Naumann im persönlichen Gespräch erleben, beschreiben ihn als aufmerksamen Zuhörer mit Gespür für die Sorgen der Menschen.

Zudem folgte der 66-Jährige, dem die großbürgerliche Attitüde nichts Fremdes ist, dem Linksschwenk seiner Partei recht flexibel und ohne ernsthaften Widerstand. So sprach sich Naumann in ersten Interviews nach seiner Nominierung noch für Studiengebühren aus. Heute gehört er zu ihren schärfsten Kritikern und will die im vergangenen Jahr vom CDU-Senat eingeführte Abgabe im Falle eines Wahlerfolgs wieder abschaffen. Auch sein Bekenntnis zu den von der Schröder-Regierung beschlossenen Arbeitsmarktreformen fällt inzwischen zurückhalten-der aus als noch vor Monaten.

Im Wahlkampf setzte Naumann folgerichtig auf die „soziale Karte“. Dabei zeichnete er das Bild einer gespaltenen Stadt, sprach von „Suppenküchen“, die ihn an die Weimarer Republik und von mit Stachel-



Da war die Welt für SPD-Spitzenkandidat Michael Naumann (r.) noch in Ordnung: Vor dem TV-Duell stellte er sich mit Bürgermeister Ole von Beust den Fotografen FOTO: AP